

# **Erklärung der Berliner SPD-Linken** **zum vorläufigen Wahlergebnis** **und den anstehenden Sondierungs-/ Koalitionsgesprächen**

Berlin, 17. September 2006

## **I.**

Die SPD-Linke begrüßt das Berliner Wahlergebnis, das der SPD einen eindeutigen Regierungsauftrag gibt. Das Ergebnis ist zugleich ein persönlicher Erfolg von Klaus Wowereit, dem wir hiermit beglückwünschen und für seinen hohen Einsatz für die Berliner SPD danken.

Die SPD-Linke ist allerdings schockiert über den Erfolg rechtsextremer Parteien in Mecklenburg-Vorpommern und z.T. auch in Berlin. Der Einzug der NPD/ REPs in mehrere Bezirksparlamente muss uns allen – gerade auch nach den Gewaltanschlägen und dem offensichtlich hohen Organisationsgrad der Rechtsextremen – eine dringende Warnung sein und erfordert ein aktives und entschlossenes Entgegenreten aller demokratischen Mandats- und FunktionsträgerInnen auf Bezirks- und Landesebene. Wir werden ein koordiniertes Vorgehen der demokratischen Parteien in Berlin anregen und unterstützen. Die Mittel für Projekte gegen Rechtsextremismus sind entsprechend dem realen Bedarf auszubauen.

Positiv ist aber das deutliche Votum, das einmal mehr zeigt, dass Berlin mehrheitlich links wählt. Das konservative Lager um CDU und FDP erhielt nicht mal mehr 30% der Zweitstimmen. Mit etwa 60 % der Zweitstimmen für die gesellschaftliche Linke hat der WählerInnenauftrag in Berlin eine eindeutige politische Richtung, so dass die Option einer großen Koalition für uns aus grundsätzlichen Erwägungen heraus – wie von Klaus Wowereit bereits vor dem Wahltag erklärt – entfällt.

Im Gegenteil: wir betrachten den eindeutig erneuerten Regierungsauftrag und die klaren gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse in Berlin als Auftrag und Bestätigung, die Große Koalition auf Bundesebene als eine vorübergehende politische Koalition zu sehen. Rot-Rot konnte erneut eine Mehrheit auf sich vereinen, auch wenn der Koalitionspartner PDS erhebliche Stimmenverluste hinnehmen musste. Allerdings kann dies – nach dem Gysi-Effekt und dem Bankenskandal 2001 – auch als eine Normalisierung im Kräfteverhältnis zwischen PDS und Grünen gesehen werden. Die PDS ist heute selbstverständlich – anders als 2001 – ein möglicher Koalitionspartner, womit sich die strategischen Möglichkeiten für linke Koalitionen in Berlin erheblich erweitern.

Eine Regierungsbeteiligung der PDS ist heute – wie mit jeder anderen demokratischen Partei auch – vorrangig unter dem Gesichtspunkt der politischen Prioritäten und Gestaltungsmöglichkeiten sowie anhand der jeweils handelnden Personen zu beurteilen.

Die Berliner SPD hat mit der Wahl vom 17. September zwei Optionen zur Koalitionsbildung: eine Fortsetzung von rot-rot oder die Bildung einer rot-grünen

Landesregierung. Die SPD-Linke befürwortet ernsthafte Sondierungsgespräche mit beiden möglichen Partnern. Auch wenn es starke Argumente für eine Fortsetzung des bisherigen Regierungsbündnisses gibt – neben der bisher bewiesenen Zuverlässigkeit und Professionalität der PDS als Koalitionspartner spielt hier auch die Normalisierung bisher unbeliebter Koalitionsoptionen auf Bundesebene eine Rolle – ist die rot-rote Koalition kein Selbstzweck. Die SPD-Linke wird die Sondierungen und Koalitionsoptionen jenseits persönlicher Vorlieben insbesondere anhand folgender inhaltlicher Eckpunkte bewerten.

## II.

### ***Schwerpunkte der SPD-Linken für die Sondierungs- und Koalitionsgespräche:***

#### **1. Arbeitsmarkt: Arbeit statt Arbeitslosenverwaltung finanzieren!**

- Ausbau eines zweiten Arbeitsmarktes/ öffentlichen Beschäftigungssektors. Nutzung aller (bundes-) rechtlich möglichen Spielräume, um jenseits der sog. „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE) dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Interesse zu schaffen.
- Das System der „Hartz IV“ - Arbeitsgemeinschaften (geteilte Verantwortung der Bundesagentur und der Bezirke) hat sich nicht bewährt. Die für Integrationsmaßnahmen durch die Arbeitsagentur verausgabten Mittel müssen konzentriert und für den Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors aktiv genutzt werden. Hierzu sind Strukturveränderungen in Richtung des sog. „Optionsmodells“ (Alleinverantwortung der Kommunen/ Bezirke) notwendig.
- Eindämmung der sog. „1-Euro-Jobs“ (MAEs) in Berlin, die in der Tendenz zu Verdrängungseffekten auf dem ersten Arbeitsmarkt führen und zudem in der Gesamtfinanzierung unwirtschaftlich sind (Gesamtkosten entsprechen Beschäftigungsverhältnis im unteren Lohnsegment).
- Bundes(rats)initiativen zur Durchsetzung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe sowie Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohnes und einer aufkommensneutralen Unternehmenssteuerreform

#### **2. Bildung: verbesserter Bildungszugang und verbessertes Bildungsangebot für alle!**

- Einführung der Kostenfreiheit des Besuchs der Kita
- Ausbau der „Schule für alle“ durch freiwillige Kooperation von Grund- und Oberschulen, die später ausgeweitet werden kann. Einrichtung von weiteren verbundenen Haupt- und Realschulen und Stärkung der Gesamtschulen
- Sicherung eines gebührenfreien Erststudiums (ggf. durch Einführung von Studienkonten)
- Professionalisierung der Umsetzung des Schulgesetzes durch Personalentwicklung (u.a. Einstellungskorridor), Neustrukturierung der Schulverwaltung und Schaffung realer Spielräume für die Schulen

### **3. Daseinsvorsorge: Keine weiteren Privatisierungen und Sicherung der öffentlichen Verantwortung!**

- keine weiteren Privatisierungen oder Teilprivatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge (u.a. Erhalt der Gewerbesiedlungsgesellschaft GSG in öffentlicher Hand, Sicherung der verbleibenden Anteile bzw. Prüfung Zukauf privater Anteile bei den Berliner Wasserbetrieben).
- Erhalt und Optimierung des Wohnungsbestandes in öffentlicher Hand; Förderung des Genossenschaftswesens im Berliner Wohnungsmarkt.
- Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (u.a. Schulsanierungen, Qualitätssicherung des ÖPNV u.a. durch langfristigen BVG-Verkehrsvertrag); grundsätzliche Ablehnung von PPP als reines Finanzierungsmodell.
- Sparkasse: Sicherung der zentralen Elemente des öffentlichen Auftrags vor Abschluss des Verkaufsverfahrens der LBB (insbesondere unbefristete Garantie „Konto für Jedermann“, Flächenpräsenz, Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen insb. im Bereich Förder-/Kreditmittelzugang)

### **4. Bezirke: Bezirkliche Politik stärken und Handlungsfähigkeit der Bezirke erhalten!**

- Vereinfachung des Zumessungsmodells für die Bezirke (Grundlage einer Bemessung sollte die Einwohnerzahl sein, ergänzt um einige Gewichtungsfaktoren). Handlungsspielraum beim Globalsummensystem erhalten: Sicherung eines Spielraums von mindestens 5% der zugewiesenen Globalsummen für freiwillige Aufgaben
- Das Produktsummenbudget hat sich nicht bewährt, da es zu einer völligen Entpolitisierung von Entscheidungen führt. Vorgaben können nicht ausschließlich auf der Kosten- und Leistungsrechnung gründen; für bestimmte „Produkte“ wie im Bereich des Kinderschutzes fehlt z.T. die notwendige Festlegung von Mindestausstattung
- Das System der sog. „budgetunwirksamen Kosten“ führt in der Praxis zu unwirtschaftlichen und z.T. unsinnigen Entscheidungen. Hier bedarf es dringend einer Überarbeitung.
- Die Bezirksamter müssen landesweit eine einheitliche Struktur/ Ressortzuschnitte erhalten. Dabei ist bei der Beibehaltung des Ziels eines politischen Bezirksamtes eine Reduzierung der Bezirksamtsmitglieder auf fünf denkbar.

*Die Sprecher und Sprecherinnen der Berliner Linken*

- *Barbara Loth, GLV*
- *Mark Rackles, GLV*
- *Mechthild Rawert, MdB*
- *Marc Schulte, GLV*
- *Frank Zimmermann, MdA*